Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Minister

28. Februar 2020

Aktenzeichen
(bei Antwort bitte angeben)
IVC4–30-37

Telefon: 0211 61772-0

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Wirtschaft, Energie
und Landesplanung
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Georg Fortmeier MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/3062

A18

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 04. März 2020

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zur o.g. Sitzung um einen schriftlichen Bericht zum Thema **„NRW geht schon wieder leer aus: Milliardeninvestitionen für Batteriezellfertigung gehen nach Rheinland-Pfalz und Brandenburg“** gebeten.

In der Anlage beigefügt erhalten Sie den Bericht, welcher Ihnen und den weiteren Mitgliedern des Ausschusses vereinbarungsgemäß ausschließlich elektronisch übermittelt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Dienstgebäude und Lieferanschrift:
Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0
Telefax 0211 61772-777
poststelle@mwide.nrw.de
www.wirtschaft.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahnlinien 706, 708, 709 bis Haltestelle Poststraße

Bericht der Landesregierung:

„NRW geht schon wieder leer aus: Milliardeninvestitionen für Batteriezellfertigung gehen nach Rheinland-Pfalz und Brandenburg“

I.

Batterieforschung wird in Nordrhein-Westfalen auf international höchstem Niveau betrieben. Die Batterieforschungsstandorte (Münster, Aachen, Jülich, Duisburg/Essen, Dortmund u.a.) befassen sich mit Materialwissenschaft, Batterietechnologie, Batterieforschungsprozessen, Fabrikkonzepten, Zellproduktion, Recycling, Digitalisierung und Automatisierung – mithin der gesamten relevanten Wertschöpfungskette. Die exzellente Wissenschaft wird ergänzt durch den breit aufgestellten Wirtschaftsstandort, der das Know-How der gesamten Wertschöpfungskette Batterietechnologie und Zellproduktion abbildet.

Nordrhein-Westfalen ist mit dem Standort Münster daher auch als Standort für die Deutsche Forschungsfertigung Batteriezelle ausgewählt worden. Zwei Aspekte spielten hier eine besondere Bedeutung: das Commitment der Wirtschaft, aber auch die Zielsetzung, skalierbare Technologien zum Recycling von Batterien zu entwickeln. Gemeinsam sollen am Standort Münster Produktionsprozesse und -verfahren für Batteriezellen einer neuen Generation zu wettbewerbsfähigen Kosten entwickelt werden. Ziel ist es, Kompetenzen und Erfahrungen aus Wissenschaft und Industrie zusammenführen, um leistungsfähige Technologien entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu entwickeln – vom Rohstoff über die Anwendung bis zum Recycling.

Das Bundesforschungsministerium wird die Forschungsfertigung Batteriezelle mit insgesamt rd. 500 Mio. EUR fördern, das Land Nordrhein-Westfalen wird darüber hinaus mehr als 200 Mio. EUR für den Aufbau und das Grundstück investieren.

II.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) startete zum 14. Februar 2019 ein Interessensbekundungsverfahren zur geplanten Förderung im Bereich der industriellen Fertigung für mobile und stationäre Energiespeicher (Batteriezellfertigung). Ziel ist es, insbesondere Arbeitsgemeinschaften im Bereich der Batteriezellfertigung als sogenannte IPCEI-Projekte („Important Project of Common European Interest -

IPCEI“) zu fördern. Dabei soll durch die Arbeitsgemeinschaften die Wertschöpfungskette berücksichtigt werden – von der Gewinnung der Ressourcen und den Elektroden-Materialien über die eigentliche Batteriezellproduktion bis zur Integration der Zellen und der nachhaltigen und umweltverträglichen Wiederverwendung und Entsorgung. Interessierte Arbeitsgemeinschaften konnten bis zum Stichtag 15. März 2019 Anträge einreichen. Details zum Bewerbungs- und Auswahlprozess und Gründe für die Zusammenstellung von Konsortien und die Auswahl der konkreten Partner sind der Landesregierung nicht bekannt.

Aus öffentlichen Verlautbarungen des BMWi ist bekannt, dass es insgesamt zwei IPCEI-Konsortien gibt, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Europäischen Kommission zur Genehmigung (Pränotifizierung und Notifizierung) eingereicht wurden. Für diese sollen insgesamt eine Milliarde Euro Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden. Da die Förderbescheide noch nicht erstellt sind, liegen keine Aussagen zu den Zuschusshöhen nach Bundesländern vor.

Für das erste so genannte Summer IPCEI liegt seit dem 9. Dezember 2019 die Genehmigung durch die Europäische Kommission vor. Das zweite Autumn IPCEI wurde am 19. Dezember 2019 bei der Kommission zur Pränotifizierung eingereicht. Die Genehmigung des Summer IPCEI durch die Europäische Kommission erstreckt sich für den deutschen Standort auf OPEL/PSA, sowie auf den Zellhersteller Varta GmbH, den Automobilhersteller BMW AG sowie auf die beiden Materialhersteller BASF SE und Umicore AG.

Zu den konkreten Projekten der Unternehmen liegen der Landesregierung Nordrhein-Westfalen keine Erkenntnisse vor. Aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP „Deutsch-Französische Kooperation zur Batteriezellenfertigung“ – Drucksache 19/16630 – geht folgendes hervor: „Jedes Unternehmen bringt mit seinen Projekten spezifische Elemente der Wertschöpfung von Batteriezellen sowie seine Abnehmer mit.“ […] „Zellen von PSA/Opel/Saft werden in Kaiserslautern (Rheinland-Pfalz) gefertigt werden. Die BASF SE plant in Schwarzheide (Brandenburg) eine Produktion für Batteriematerialien.“

Ob Fragen der Energieversorgung durch Erneuerbare Energien ein Standortkriterium waren, ist der Landesregierung nicht bekannt. Bekannt sind lediglich Aussagen der BASF, aus denen hervorgeht, dass der Standort in Schwarzheide ein energieeffizientes Gas- und Dampfturbinenkraftwerk nutzt und bis zu Inbetriebnahme die Integration von Erneuerbaren Energie plant.

III.

An dem Summer IPCEI sind keine nordrhein-westfälischen Unternehmen beteiligt. Aussagen über eine Beteiligung nordrhein-westfälischer Unternehmen am zweiten IPCEI sind grundsätzlich erst möglich, wenn die Genehmigung der EU-Kommission erfolgt ist.

Abschließend ist festzustellen: Nordrhein-Westfalen konnte mit der im Aufbau befindlichen Forschungsfabrik seine Kompetenzen, die seiner Wissenschaftler und seiner Unternehmen unter Beweis stellen. Die Landesregierung hat größtes Interesse daran, Synergien von Forschungsfabrik und Zellproduktion am Standort realisiert zu sehen. Sie steht daher mit Unternehmen im engen Austausch, die eine Zellfertigungsinvestition im Rahmen des Autumn IPCEI platziert haben. Es besteht Zuversicht, dass unsere Einschätzung dieses Projektes bundes- und europaseitig geteilt wird.